

Schriftleitung und Verlag
Tübingen, Uhlandstraße 2
Fernruf: 2141 / 42 / 43
Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Einzelpreis 20 Pfennig
monatlicher Bezugspreis
durch Träger 1,50 RM.
durch die Post 1,74 RM.
Anzeigenpreise: Gesamt-
ausgabe 1,20 RM., Kreis-
ausgabe 0,40 RM. je mm
Chiffregebühr 1.- RM.
Erscheinungstage:
Dienstag und Freitag

Stadt und Land

Das Gegenstück zum amerikanischen Gallup-Institut ist auf unserem Kontinent das französische Institut der öffentlichen Meinung. Es hat im Rahmen seiner psychologischen Untersuchungen einen als Querschnitt durch die Stadtbevölkerung anzusprechenden Personenkreis folgende Frage gestellt: Was werden die Stadtmenschen den Landbewohnern am meisten vor?

Da kamen nun Antworten zutage, die sich ebenfalls in den deutschen Städten finden lassen und die natürlich alle andere als richtig sind. Doch darum geht es nicht. Das Institut hat sich ja keine erzieherische oder belehrende Aufgabe gestellt, es ist nichts weiter als ein wissenschaftliches Stimmungsbarmeter, das interessante Aufschlüsse über die geistige Einstellung des einzelnen Volksteilchens über den Gesamtstand gibt.

Was werden die Städte also den Landbewohnern am meisten vor? Von den Kleinstädtern haben sich 36 bis 40 Prozent für „Mißbilligkeit und Feindseligkeit gegenüber den Städten“ und für „Egoismus“ entschieden. Die Vorliebe stehen mit 35 Prozent in dieser Kategorie noch an unterster Stelle. (Sind sie etwa landverbundene als die Kleinstädter?) Immerhin haben sie zu 20 Prozent dafür gestimmt, daß die Bauern geistig sind, und 24 Prozent von ihnen behaupten sogar, daß die Bauern sich auf Kosten der Städte bereichern. Damit liegen sie in der letzten Rubrik höher als die Kleinstädter. Daß die Bauern rüchelnhaft und zu konterrativ sind, daß sie sich immer über etwas zu beklagen haben, behaupten nur zwischen 1 und 8 Prozent der Befragten.

Die Bauern sind in ihren Antworten den Stadtländern nicht schuldig geblieben. Die Frage, die ihnen gestellt war, lautete genau umgekehrt. Was sie haben aus ihrem Herzen möglichst keine Wörtergrube gemacht! Zwischen 28 und 32 Prozent von ihnen erklären die Städte für unmoralisch, werfen ihnen vor, daß sie ein schlechtes Leben haben und sich gerne amüsieren. Durchschnittlich 16 Prozent von ihnen behaupten, daß die Städte faul sind, obwohl ihre Arbeit weniger anstrengend ist. Und etwa derselbe Prozentsatz nimmt an, daß die Städte die Landbewohner mißachten, daß sie sich für mehr halten und keine Ahnung von der schweren Feldarbeit besitzen.

Die uralten Vorurteile der einen gegen die anderen werden nie ganz aus der Welt zu schaffen sein. Dafür aber, daß sich beide vertragen und die Gegenseite nur auf dem Papier bestehen bleiben, dafür sorgen schon die raube Wirtschaft und die gemeinsame Not. In Frankreich wie auch anderswo!

Wiederaufbau der Welthandelsflotte

Gesamtverlust im Krieg 22 Millionen Bruttoregister-Tonnen

Washington. Der Wiederaufbau einer Welthandelsflotte ist schon mit Rücksicht auf die Überwindung der zurzeit bestehenden Transportschwierigkeiten eine wichtige Aufgabe. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben im Verlauf des Krieges England als leistungsfähigste Nation überholt. Sie wollen, wie kürzlich gemeldet worden ist, nicht weniger als 31 Schiffahrtslinien ständig unterhalten vor allem nach dem fernsten Osten. Daneben ist Amerika noch in der Lage, den übrigen leistungsfähigen Nationen aus dem großen Schiffsbauenden Frachtdampfer abzugeben, damit auch die anderen Länder die im Krieg erlittenen Schiffverluste schneller ausgleichen können.

Nach den Beschlüssen der amerikanischen Rarinetkommission können insgesamt 4200 Schiffe, darunter viele moderne und schnelle Typen, einschließlich der amerikanischen Privatbedürfnisse abgegeben werden. Zurzeit befaßt sich die Marinekommission auch damit, den genauen Umfang der Schiffverluste der verbündeten Nationen festzustellen. Nach vorläufigen Schätzungen betragen sie 5000 Schiffe aller Typen mit einer Gesamttonnage von 22 Millionen Bruttoregister-Tonnen. Davon haben die Vereinigten Staaten allein 700 Schiffe eingebüßt.

Die gewaltigen Anstrengungen des amerikanischen Schiffbaus während des Krieges ermöglichen es, nicht nur die eigenen Schiffverluste auszugleichen, sondern die Bruttoregister-Tonnenzahl noch zu steigern. So sind nicht weniger als 5300 Schiffe mit 54,5 Millionen Bruttoregister-Tonnen während des Krieges erbaut worden. Infolgedessen befinden sich die Vereinigten Staaten bei Schluß des Krieges in einer Handelsflotte, die nahezu die Hälfte der gesamten Schiffe der Welt erreicht.

Die Vereinigten Staaten werden noch eine Reserveflotte zur Verfügung haben. In den letzten zehn Tagen sind allein 138 Schiffe aller Typen an ausländische Nationen zum Verkauf freigegeben worden, darunter 45 für Holland, 14 für Norwegen, 4 Chile und 75 Libertyschiffe für Frankreich. Nur 52 von insgesamt 190 verkauften Schiffen gingen in amerikanischen Privatbesitz über.

Kleine Weltchronik

Gehaltsaufschläge des deutschen Außenministeriums und Oberkommandos der Wehrmacht, die bei der Einnahme von Berlin von der Roten Armee erbeutet worden sind, werden demnächst vom russischen Außenministerium zur Veröffentlichung kommen.

Nachdem hauptsächlich ein Weltkrieg über die Balkanregion während der deutschen Besetzung herausgegeben.

Die französische Konföderation hat einen kommunikativen Vorschlag, das Verfahren beim Staatsgerichtshof zu ändern, mit 430 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

In einem Memorandum ersucht die österreichische Bundesregierung die Vereinten Nationen, der Bevölkerung von Südtirol das Recht der Selbstbestimmung zuzubilligen.

Die finnische Delegation für die Vorläufige Friedenskonferenz ist Dienstag früh aus Helsinki abgereist.

Der Sozialist will eine Freundschaftskommission nach Japan entsenden.

Loni Salliani, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, ist in Warschau angekommen.

Auf dem Rückwege aus Kurland nach London ist die Warnung der englischen Arbeiterpartei in Warschau eingetroffen.

Dänemark will von Amerika einen Kredit von 20 Millionen Dollar aufnehmen.

Um die Wirtschaftseinheit

Frankreichs Stellungnahme — General König macht dem Kontrollrat Vorschläge

Berlin. Im Verlauf der letzten Sitzung des Alliierten Kontrollrates am vorigen Samstag hat Marschall Sokolowski den Vorschlag unterbreitet, die vier Großmächte sollten gemeinsam eine Untersuchung der Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit durchführen. Die britische Regierung hat diesen Vorschlag angenommen.

Der Vertreter Frankreichs, General König, unterbreitete den alliierten Behörden den französischen Plan für die wirtschaftliche Verwaltung Deutschlands.

General König wies darauf hin, daß Frankreich keine grundsätzlichen Einwände gegen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vorzubringen habe. Es sei jedoch notwendig, daß diese wirtschaftliche Einheit nicht den Präzedenzfall bilde für die politische Einheit eines Deutschlands, dessen Grenzen noch nicht einseitig festgelegt sind, andererseits ist Frankreich davon überzeugt, daß die koordinierte Aktion der vier Weltmächte in Deutschland unbedingt aufrechterhalten werden muß und es kann sich infolgedessen nicht mit einem wirtschaftlichen Zusammenschluß einverstanden erklären, wie er von den Vereinigten Staaten vorgeschlagen ist und der sich auf Deutschland in seiner Gesamtheit erstrecken würde. General König erklärte schließlich, daß er deshalb ablehne, mit General McCarren über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und französischen Zonen zu diskutieren.

Nichtbestimmungen ist sich Frankreich völlig klar über die Unzulänglichkeiten der derzeitigen Verwaltungsmethode des Alliierten Kontrollrats für Deutschland und über die finanzielle Belastung der Besatzungsmächte durch die Besetzung. Deshalb entwickelte General König auch vor dem Berliner Kontrollrat einen konstruktiven Plan, der Verhandlungen über Sonderabkommen zwischen den Besatzungsmächten auf dem Gebiet des Transport- und Verbindungswesens vorleitet. Darüber hinaus erklärte sich Frankreich mit dem sowjetischen Vorschlag einverstanden, der die Eröffnung von Verhandlungen vorseht, die zur Steigerung des Warenverkehrs zwischen den vier Zonen führen soll.

Die französische Regierung hat gegen die einseitige Bildung allierter Büros mit deutschem Verwaltungspersonal nichts einzuwenden, deren Aufgabe es wäre, unter Aufsicht des Berliner Kontrollrats die Grundzüge der deutschen Wirtschaftseinheit auf bestimmten, genau festgelegten Gebieten vorläufig zur Anwendung zu bringen. Jedoch dürfe sich die Tätigkeit dieser alliierten Zentralbüros nicht auf das Saargebiet erstrecken, das unverzüglich in die französische Wirtschafts- und Währungszone eingegliedert werden müßte. Die so zusammengelegten Büros müßten als Organe des Kontrollrats einerseits informierenden und prüfenden Charakter haben und andererseits die Rolle eines ausführenden Organs spielen, dessen Tätigkeit auf bestimmte Gebiete beschränkt zu bleiben habe.

Da der Kontrollrat die oberste Behörde für ganz Deutschland darstellt, müßten die neuen Büros den Charakter ausführender Organe annehmen, die der Autorität der Alliierten zu unterstellen seien, und unter Befehl und Aufsicht der Besatzungsmächte der Wirtschaft, die Einheitlichkeit der zu erlassenen Verfügungen sicherzustellen hätten. Diese Büros würden also eine wesentliche Rolle in der vorläufigen Sicherung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands übernehmen. Ohne daß die verantwortlichen Regierungen damit eine Entscheidung bezüglich der künftigen politischen und verwaltungsmäßigen Organisation der von ihnen zurzeit kontrollierten Gebiete getroffen hätten.

General König erklärte schließlich, daß er deshalb ablehne, mit General McCarren über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und französischen Zonen zu diskutieren.

Grumbach in Hamburg

Hamburg. „Wir französischen Sozialisten verlangen die restlose Enteignung der Ruhrtrübsal“, erklärte Salomon Grumbach im Verlauf seiner Rede, die er vor etwa 7500 Personen in Hamburg hielt. „Das Ruhrgebiet darf nicht zu einem Nachkriegsgebiet des Kapitalismus werden, ganz gleichgültig, ob er deutsche, französische oder amerikanische Farben trägt“, fügte er hinzu und kam dann auf den Plan hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebietes und des nördlichen Rheinlandes durch internationale Truppen zu sprechen.

Die französische Sozialistische Partei haben den Wunsch, daß für das Saargebiet ein Sonderstatus zur Anwendung komme. Europa kann nicht gesund sein, solange Deutschland krank ist. Deshalb sind wir Sozialisten auch nicht für eine isolierte Bekämpfung der deutschen Industrie. Alle Sozialisten, zusammen mit dem ganzen französischen Volk, fordern vor allem Sicherheit. Es ist Sache des deutschen Volkes, den Beweis zu erbringen, daß es endgültig mit dem Faschismus gebrochen und sich der Demokratie zugewendet hat.

In einer Pressekonferenz sagte Grumbach: „Wir sind gegen jegliche Annexionen. Wir streben nicht die politische Fortsetzung Deutschlands an, denn wir glauben nicht, daß solche Methoden zu einer Garantie der Weltfriedens führen können.“

Die Menschenrechte nicht vergessen

Luzernburg. Die 200 Delegierten, die gegenwärtig an der Konferenz der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit teilnehmen, appellieren an die Pariser Friedenskonferenz, die Menschenrechte bei der Ausarbeitung der Friedensverträge zu berücksichtigen. In dem Aufruf heißt es: „Wir appellieren an Sie (die Delegierten der Friedenskonferenz) nicht zu vergessen, daß nationale Interessen wirtschaftliche Vorteile oder Streitigkeiten für die Entscheidungen der Konferenz maßgebend sind, sondern Sie vielmehr als Treuhänder der Menschheit als einer Einheit.“

Italiens Vorschläge in Paris

Ministerpräsident de Gasperi: „Die Bedingungen sind hart“

„Es ist höchste Zeit, mit den Arden aufzuhören und mit der Arbeit zu beginnen. Wir müssen versuchen, wirklich Frieden zu schaffen und für immer mit dem Krieges Schluß zu machen.“

Mit diesen Sätzen verabschiedete sich der englische Außenminister Bevin auf dem Flughafen Northolt, als er am Freitag nach Paris fuhr, um wieder den Vorsitz der britischen Delegation zu übernehmen. Nach seiner Ankunft in der französischen Hauptstadt sagte er zu Pressevertretern, die ganze Welt erwartete von ihm, die Arbeit für die Friedensverträge hoch in Angriff zu nehmen.

Nichtbestimmungen der weiteren Vollerfassungen der Pariser Friedenskonferenz in der verflochtenen Woche zu eingehenden Aussprachen über Geschäftsordnungsfragen und untergeordnete Dinge geführt, während erst in der Sitzung am Samstag, in der Italiens Ministerpräsident de Gasperi gesprochen hat, die eigentliche Arbeit über die Friedensverträge in Angriff genommen worden ist.

In der Donnerstagsitzung hatten die Russen noch einmal versucht, die Vollerfassung für ihren Standpunkt der Zweidrittelmehrheit zu gewinnen, doch hat die am Freitag vorgenommene Abstimmung über einen entsprechenden sowjetischen Antrag ergeben, daß die Vollerfassung keine Veränderung der im Verfahrensprotokoll festgelegten Abstimmungsverfahren wünscht. Der sowjetische Antrag ist deshalb mit 15 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Auch über die Reihenfolge der einzelnen Punkte der Tagesordnung ist lange am Donnerstag gesprochen worden. Hier war es Wischinski, der verschiedene Wünsche äußerte, zu denen der Vorsitzende Bidault die entsprechenden Aufforderungen gab.

Zum ersten Male hat am Samstag ein Vertreter der besetzten Nationen vor der Konferenz gesprochen. Der italienische Ministerpräsident de Gasperi hat die wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages für Italien als zu hart bezeichnet.

Bezüglich der Triester Frage hat er vorgeschlagen, in eine erneute Prüfung nach Ablauf eines Jahres einzutreten. Auch für die Frage der italienischen Kolonien schlägt er vor, die Entscheidung um ein Jahr zurückzustellen. Die starke Begrenzung der italienischen Streitkräfte bezeichnet de Gasperi als eine dauernde Gefahr für die Unabhängigkeit Italiens. Auch gegen die Auslieferung eines großen Teils der italienischen Flotte hatte der italienische Sprecher große Bedenken. Bemerkenswert ist, daß Italien an Deutschland drei Millionen Dollar Reparationsforderungen stellt.

Nach Italien werden die Vertreter Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und Finnlands gehört werden. Der Sowjetdelegierte Wischinski bezeichnet die Aufgabe der Anhörung der Vertreter dieser Staaten als „eine große demokratische Weisheit ohne Beispiel“. Nach dem Vorschlag Wischinskis soll die Sprechzeit der Feindstaatenvertreter nicht begrenzt sein, doch sollten nach Italien die übrigen Länder ohne Heberzeugung vor der Vollerfassung erscheinen.

Am Montag hatte in der Vollerfassung Bevin seinen Vorschlag, daß der Tagesordnung steht als erster Punkt die Wiederaufnahme der Debatte über die Zustimmung Albanens ohne Stimmrecht zum Friedensprotokoll (Griechenland hat sich dagegen ausgesprochen). Zweiter Punkt ist die Beratung, ob Italien günstige Bedingungen im Friedensvertrag gewährt werden sollen.

Heber die Ausarbeitung einer Verfassung für das Triester Gebiet, das internationalisiert werden soll, ist im Sachverständigenausschuß keine Sitzung erfolgt worden. Der Vollerfassung sollen deshalb vier verschiedene Vorschläge zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Pläne der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sehen Garantien für das internationale Gebiet von Triest vor, um die Unabhängigkeit Italiens und Jugoslawiens gegenüber zu sichern. Der russische Entwurf scheint jedoch auf einen wirtschaftlichen Anschluß an Jugoslawien abzugehen.

Bürgerschaft des Friedens

Es ist eine Tatsache, daß vor den politischen Entscheidungen, die zu Kriegen führen, wirtschaftliche Probleme stehen. Der mangelhafte Kreislauf der kapitalistischen Produktion und des Waren-austausches bürgt Krisen in sich, die zur Not und Verelendung breiter Massen der Arbeiterschaft, des Kleinbäuerntums, des Kleinbürgertums und der Intellektuellen führen. Diese Verelendung stellt ihrerseits eine Bedrohung für den Kapitalismus dar, der befürchten muß, daß diese verelendeten Massen zu politischen Entschlüssen kommen, die zur Beseitigung des Kapitalismus führen könnten.

Es ist kein Zufall, daß Hitler in dem Augenblick zur Macht kam, als die Wirtschaftskrisis in Deutschland mit sieben Millionen Erwerbslosen ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Kapitalisten hatten in ihm den Mann gefunden, der zu einem Krieg bereit war.

Der Krieg ist geführt worden. Er wäre undenkbar gewesen, wenn nicht die Kapitalisten ihn mit allen Mitteln unterstützt hätten. Sie waren es, die die größte Schuld auf sich luden, denn nicht nur trieben sie das Volk in diesen Krieg hinein, sondern sie taten alles, um ihn zu verlängern. Die Folgen dieses Krieges sind in ihrer Entschiedenheit für jeden sichtbar, es kann nur der glühendste Wunsch eines jeden Deutschen sein, einen neuen Krieg zu verhindern.

Aber Wünsche allein, und mögen sie noch so sehr unter Herz bewegen, genügen nicht. Man muß etwas tun! Man muß die Ursachen beseitigen, die das Unglück über uns heraufbeschworen haben.

In Sachen ist die deutsche Bevölkerung diesen Weg gegangen. Die vier antifaschistischen Parteien haben gemeinsam mit dem freien deutschen Gewerkschaftsbund und der freien deutschen Jugend einen Volksentscheid durchgeführt, und das Volk hat entschieden, daß die Großbetriebe der kapitalistischen Kriegstreiber enteignet werden. Sie werden in den Besitz der Allgemeinheit überführt.

Das bedeutet gleichzeitig, daß in diesem Teile Deutschlands das Volk einen neuen Anfang macht, und wir sind überzeugt davon, daß die anderen Völker mit Achtung und Freude davon Kenntnis genommen haben. Denn viele Fragen — so die Frage der deutschen Einheit — sind deshalb so kompliziert, weil die Deutschen selber bisher so wenig Willen gezeigt haben mit der Vergangenheit endgültig zu brechen. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß wir von den Alliierten nicht ermannt werden können, daß sie uns verurteilen, sondern daß die deutsche Zukunft selbst zu sein, wie sie von uns gestaltet werden wird.

Nunmehr geht durch die Presse die Meldung, daß die französische Militärregierung uns Deutschen in Baden eine Chance geben will, die wir nicht hoch genug einschätzen können. Man ist bereit, eine Anzahl der Betriebe, die unter das Gesetz 52 fallen, der maßgebenden Leitung der dort Beschäftigten zu unterstellen, und zwar so, daß die Beschäftigten eines solchen Betriebes eine GmbH. gründen, in deren Besitz der Betrieb übergeht.

Diese Chance gilt es auszunutzen. Den Gewerkschaften bietet sich damit eine unerhörte Möglichkeit zur Entfaltung einer Aktivität, die der gesamten Arbeiterschaft zugutekommen wird. Für die Gewerkschaften heißt es jetzt: Nicht abwarten, zupacken!

Die Gewerkschaften sollten sofort darangehen, die Betriebe ihres Bezirkes daraufhin zu überprüfen, ob sie für eine Uebergabe in Betracht kommen. Sie sollten ihrerseits der Militärregierung Vorschlag auf Vorschlag unterbreiten. Sie dürfen nicht abwarten, bis man ihnen die Betriebe gleichsam als Weihnachtsgeschenk überreicht.

Sie haben dann dafür zu sorgen, daß die übergebenen Betriebe aufs beste funktionieren. Es ist ja sowieso Tatsache, daß in vielen der in Frage kommenden Betriebe schon heute praktisch die Beschäftigten selbständig und ohne Anlehnung durch den Kapitalisten die Arbeit durchführt. Es ist auch bis jetzt noch nichts davon gehört worden, daß solche Betriebe schlechter laufen als vorher. Im Gegenteil: es gibt weniger Reibungen.

Zweifellos würden diese Betriebe die größte Unterstützung seitens der Besatzungsmacht genießen. Es verlaute, daß man in Bezug auf Nachschaffung und Abschaffungsbefugnis behilflich sein wird. Die Bedeutung dieser ganzen Maßnahmen wird klar, wenn man weiß, daß die Arbeiterschaft niemals an einem Kriege interessiert sein kann, weil sie es stets ist, die die Kosten eines solchen Krieges zu tragen hat. Betriebe in der Hand der Arbeiter werden niemals Betriebe der Kriegsproduktion sein. Ein Deutschland aber, das auf diese Weise zu einem Land geworden ist, dessen Bevölkerung unter Beweis gestellt hat, daß sie keinen Krieg mehr führt, wird für die anderen Nationen ein anderer Verhandlungspartner sein, als ein Land, bei dem man damit rechnen muß, daß aus der kapitalistischen Wirtschaft heraus, aus jenen Betrieben nämlich, die sich immer noch in der Hand der Kriegstreiber befinden, eine neue Gefahr für die Welt erwachsen könnte.

Aber es sei auch bemerkt, daß eine solche Maßnahme keineswegs eine teilweise Sozialisierung bedeutet. Die Betriebe bleiben ja nach wie vor Privateigentum, nämlich Eigentum eines kleinen Kreises von Arbeitern. Sie werden nicht Eigentum des gesamten Volkes. Das Entscheidende aber ist, daß dem Kapitalismus loszulassen die Angriffslinien abgebrochen werden, weil die neuen Besitzer den Frieden wollen.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland kann ein grundlegend anderes werden, als in der Vergangenheit, wenn die deutsche Arbeiterschaft jetzt klar erkennt, daß es in ihre Hand gelegt ist, Frankreich die Bürgschaft eines dauerhaften Friedens zu geben. Die Gewerkschaft und die Arbeiterschaft der französischen Zonen sind außerdem, jetzt das zu tun, was so lange verflummt wurde: einen ernsthaften deutschen Beitrag zum Frieden der Völker zu leisten.

Werner Steinberg

Planen ist Gestaltung

Auch in England beschäftigt man sich sehr mit dem Problem der Planwirtschaft, nachdem die Verstaatlichung mehrere Fortschritte gemacht hat.

Das ist für uns Deutsche interessant, einmal die englische Auffassung über die Planwirtschaft zu verstehen. Der bekannte englische Staatswissenschaftler Harold J. Laski, der bis vor kurzem den Vorsitz der Labourparty inne hatte und jetzt an der Spitze einer Abordnung der Arbeiterpartei in Russland weilte, hat über das Thema: "Freiheit und Planwirtschaft" eine Broschüre veröffentlicht.

Das ist sehr wichtig mit den Kritikern der Planwirtschaft auseinander und weist auf deren Einwendungen hin. Die Planwirtschaft bringe Bevormundung durch Beamte und ein Verschwinden jener geistigen Bewegungsfreiheit, die das Geheimnis der Volksherrschaft ausmacht.

Wenn wir also eine geplante Gesellschaft aufbauen wollen, dann ist es unsere Aufgabe, Einrichtungen zu schaffen, die Dezentralisation, Mitbestimmung und ein hohes Maß von lokalem Verständnis einfließen lassen und Frauen allgemein jugendlich machen.

Generalissimus Stalin hat am Donnerstag Harold Laski und die anderen Mitglieder der Delegation der englischen Arbeiterpartei empfangen.

Die Welternährungskrise

Paris. Außenminister Byrnes hat bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten politisch an der Schaffung eines internationalen Ausschusses mitwirken wolle, um Mittel und Wege zur Stabilisierung der Welternährung zu finden.

Genf. Die IRRRL-Delegationen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion haben über die Möglichkeit, die IRRRL-Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen zu übertragen, beraten.

Das Lächeln des Mädchens Johanna

Eine Novelle von Rolf Gustav Haebler

1. Fortsetzung

Am Nachmittag ging Gerhart zum Kurarzt, der in einer hübschen Villa unterhalb des Kurhauses wohnte. Er war ein noch junger Mann, der fast eine Stunde lang untersuchte und einen genauen Stundenplan aufschrieb, in welchem das Tagewort des Patienten für die nächste Woche aufgeführt war.

Am anderen Tag hatten sich an Gerharts Tisch neue Gäste eingeladen, ein Beamter, der ebenfalls ein krankes Bein hatte, und zwei Damen, die ihre Krankheiten verschwiegen. Nach dem Mittagessen blieb Gerhart Kumm noch liegen, um seine Post zu lesen, die um diese Zeit eintraf, und um eine Zigarette zu rauchen.

Nun, es kimmte, Johanna kam aus Tirol und hatte diese Stelle hier angenommen, um in ihrer freien Zeit ebenfalls Moorwäber zu nehmen, für ihre übrigen hübschen und schlanken Beine, viel

Experimente des „Ahnenerbes“

Drei Säulen des Nazismus: KZ., „Wissenschaft“ und Wehrmacht

Rüdnberg. „Die Konzentrationslager wurden von einem Prinzip geleitet, das zwangsläufig zu Verbrechen führen mußte“, erklärte der Zeuge Woggen weiter. Bei einer Untersuchung von Verbrechen durch die SS-Leute von Linschwig wurde dem Zeugen Morgen das Vernichtungslager Monowitz gezeigt.

Die große Skelettsammlung . . .

Der englische Ankläger bewies dann dem ehemaligen Geschäftsführer des „Ahnenerbes“, Sievers, im Kreuzverhör seine Mitgliedschaft am Zustandekommen der großen Skelettsammlung der Universität Strahburg. Der Ankläger verlas eine Anweisung, wonach gefangen russische Juden einer Sonderstelle sofort zu melden seien, damit sie dann von einem Beauftragten fotografiert und anthropologisch gemessen werden könnten.

Institute des „Ahnenerbes“ haben im Auftrag von Wehrmacht und SS an häftigen Blutgruppenexperimenten, Versuche zur Bekämpfung der ansteckenden Gelbfieber und des Fleckfiebers durchgeführt, wozu die Häftlinge zuerst mit den Krankheiten infiziert werden mußten.

OKW. und Generalstab

Als erster Zeuge trat die Gruppe „OKW. und Generalstab“ auf. Der ehemalige Generalstabschef von Braunschw. aus. Schon Ende 1938 sei von Generaloberst Beck in eine Denkschrift vor der Möglichkeit eines Weltkrieges

durch einen deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei gewarnt worden, der alle hohen Generalstabsoffiziere beigestimmt hätten. Hitler habe jedoch gesagt, er wisse selbst, was er zu tun habe. Er sei aber bis August 1939 überzeugt gewesen, Hitler würde im Falle Polen nur eine „durch militärische Maßnahmen unterstützte Politik“ anwenden.

Schon im März 1941 hatte Hitler seinen Generalen erklärt, daß der bevorstehende Krieg gegen Rußland „nicht in der gewöhnlichen ritterlichen Weise“ geführt werden könne. Vor einer Offensive im Westen habe er dringend gewarnt, aber Hitler hätte nur an die Herrschaft Deutschlands über andere Völker gedacht.

Mansteins Haltung

Als zweiter Zeuge trat der Generalmajor von Manstein auf. Manstein will „mit Entsetzen und Bestürzung den Entschluß Hitlers, sich auf Polen zu werfen, vernommen haben“. Nachdem sich die militärische Auffassung des OKW über den Weltkrieg als irrig erwiesen habe, habe Hitler auch in militärischen Fragen allein entschieden. Durch den „Kommissarbefehl“ in einen Geisteszustand geraten, habe er diesen Befehl bei seiner Armee nicht durchgeführt, und auch die Kriegsgefangenen seien in seinem Bereich nach den internationalen Vorschriften behandelt worden.

Die Verhöre des 20. Juli hätten versucht, seine Einstellung zu klären, was ihm allerdings erst nachträglich klar geworden sei. Im März 1944 sei er von Hitler seines Postens entbunden worden, weil „er auch mir mißtraute“.

„Blick in die Ostzone“

Bremen. Unter der Überschrift „Blick in die Ostzone“ veröffentlicht der Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Wilhelm Kallen (SPD) im „Weser-Kurier“ einen Artikel, in dem er seine Eindrücke von einem mehrtägigen Besuch in Thüringen Ende Juli schildert.

Die Wirtschaft trägt auch dort den Charakter der Verarmung. Sie wird nur hinfällig und teilweise durch den Betrieb einiger Betriebe, in dem die Höhe der Löhne abnimmt. Die Arbeiter werden nicht mehr bezahlt, und immer wieder wurde von allen Kreisen um Ausbruch gedrungen, wie sehr sie es begrüßten, daß endlich auch Vertreter aus dem Norden kämen und wie schließlich in Thüringen die Stimmen vernommen wurden, die davon reden, daß die Ostzone „abgeliefert“ werden müßte.

Die Wirtschaft trägt auch dort den Charakter der Verarmung. Sie wird nur hinfällig und teilweise durch den Betrieb einiger Betriebe, in dem die Höhe der Löhne abnimmt. Die Arbeiter werden nicht mehr bezahlt, und immer wieder wurde von allen Kreisen um Ausbruch gedrungen, wie sehr sie es begrüßten, daß endlich auch Vertreter aus dem Norden kämen und wie schließlich in Thüringen die Stimmen vernommen wurden, die davon reden, daß die Ostzone „abgeliefert“ werden müßte.

Wir haben mehrere große Betriebe besucht und erfahren, daß die Produktionsziffern zwar noch längst nicht den Friedensstand haben, aber sich auswärts entwickeln. Jede private Initiative wird unterstützt, und die Erfinden und geistigen Arbeiter werden auch daran interessiert, daß die Produktionsziffern steigen. Es ist nach allem, was ich sah, kein grundlegendes Hindernis vorhanden, das einem baldigen zu schaffenden einheitlichen Wirtschaftsorganismus Deutschlands entgegensteht.

„In Gegenwart des Generals Kallen ist es mir gelungen, daß ein deutscher Seife gelangt über den Kurmarisch der englisch von den Engländern unterstützten Koalition im Westen. Sammlung in besonderen Lager unter Einfluß der Nazis um. Ich betonte, das sei genau so zu bemerken wie die Behauptungen, in der Ostzone würden Nacht für Nacht von der SS Verhaftungen von jungen Deutschen vorgenommen, und die Menschen verschwand. Ich werde mir diese Bemerkungen merken.“

„Und die Einheitsfront? — Ich sprach mit Kommunisten und Sozialdemokraten über diese Frage. Tatsächlich ist, daß diese äußere Gleichschaltung keine innere gebracht hat, weil beide Gruppen als totale Regierungsparteien letzte Ziele zurückstellen.“

Kleine Geschichte

Eine große Baufirma, Großgeworden durch Teilnahme am Aufrüstungsgeschäft Hitlers.

Die Firma baut den Westwall. Sie baut die Blockhäuser und sonstigen Befestigungen. Sie baut, macht riesige Gewinne. Ist ein Bau fertig, dann begibt sich der Herr Direktor mit seiner großen Aktenmappe ins Rathaus, zückt die Rechnung und kassiert ein.

Das Geld haben die schaffenden Menschen in Form von Hitlersteuern in die Kassen hineingetan. Die Firma tut es wieder heraus, gibt einen kleinen Teil davon an die Arbeiter zurück und behält den großen Anteil für sich.

Der Krieg ist aus. Jetzt müssen die Trümmer entfernt, die Blockhäuser wieder abgerissen werden. Die Firma zerstört den Westwall. Sie entfernt die Blockhäuser und sonstigen Befestigungen.

Sie reißt ab, macht riesige Gewinne. Ist ein Bau abgerissen, dann begibt sich der Herr Direktor mit seiner großen Aktenmappe ins Rathaus, zückt die Rechnung und kassiert ein.

Das Geld haben die schaffenden Menschen in Form von Wiederaufbauanteilen in die Kassen hineingetan. Die Firma tut es wieder heraus, gibt einen kleinen Teil davon an die Arbeiter zurück und behält den großen Anteil für sich.

Ein Bundesstaat Niedersachsen

Auf einer Tagung in Stade haben Direktorium und erweitertes Vorstand der Niedersächsischen Landespartei den Zusammenbruch der Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und heider Lippe zu einem neuen deutschen Gliedstaat Niedersachsen als notwendig erachtet. Die Landespartei hat sich für einen föderalistischen Tendenzen loszulassen versichert.

Noch einmal Hugenberg

Der Kreisrat in Lemgo hat sich noch einmal mit Alfred Hugenberg beschäftigt. Der Oberkreisdirektor hatte die Selbstnominierung des Hugenberg gebührend würdigen und zur Errichtung eines Altersheimen verfügt und die Lippsche Landesregierung hatte die Selbstnominierung gegen die Selbstnominierung zurückgewiesen.

Der Kreisrat hat sich entschieden, daß der Kreisrat sich zur Errichtung eines Altersheims nicht richte. In der Kreisratstagung haben die Vertreter aller Parteien lauthals gegen Hugenberg Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß er die Kreisregierung nicht unterstütze. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird betont, daß die Frage der Selbstnominierung dieses Hofes durch Hugenberg zu einer politischen Maßnahme ausgeweitet worden sei.

Hugenberg ist sehr hartnäckig. Öffentlich wird er bald endgültig darüber belehrt, daß die Zeiten vorüber sind, in denen er den Ton angeben konnte.

Viel Geduld notwendig

Der frühere Chefdelektur des „Vorwärts“, Friedrich Stimpfer, der seit 1933 in New York die „Neue Volkzeitung“ leitet, hat einen interessanten Brief an den Chefredakteur des „Neuen Mainzer Anzeigers“, Erich Dombrowski geschrieben, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Der Freiheit der Diskussion ist es zu danken, daß in Amerika schon im ersten Jahr nach der Kapitulation des Dritten Reiches ein merklicher Umwind der Stimmung eingetreten ist. Über den Haß gegen alles Deutsche sind wir nicht zu wundern. Die Nazis hatten es fertig gebracht, die Welt glauben zu machen, daß das ganze deutsche Volk zu ihnen stand. Der Abbau dieser Mauern des Hoffens, die heute noch ganz Deutschland umgibt, ist die erste Voraussetzung für die Wiedereinführung des deutschen Volkes als einer freien Nation. Das ist eine Arbeit, die viel Einfühlungsvermögen in das Seelenleben fremder Völker und sehr viel Geduld erfordert.“

Als ich am Tage nach der Kapitulation schrieb, die Gefahr ist jetzt nicht mehr, daß Deutschland zu hoch steigt, sondern daß es zu tief sinkt, daß es entwürdet ist. Heute gibt es nur noch wenige Amerikaner, die die Nichtigkeit dieses Satzes bestritten.“

Der Freie deutsche Generalkonferenz hat am Samstag und Sonntag in Fulda eine Delegiertentagung abgehalten.

Herausgeber und Schriftleiter: Willmann Hebbacher, Dr. Erich Schärer im Urland, Dr. Ernst Müller, Rosemarie Schüttelheim, Alfred Schwinger, Werner Steinberg

leicht auch noch aus anderen Gründen, aber das interessierte Gerhart nicht. Was ihm mehr seine Aufmerksamkeit fesselte, das war ihr ruhiger, aber selten einträchtlicher Blick, mit dem sie ihn anschaute, ein sehr starrer und forschender Blick, in dem irgendeine unbewusste Frage lag oder auch nur das Gefühl einer fragenden Reugier: es war ihm freilich zweifelhaft, ob diese Frage dem Manne galt. Aber dann griff er wieder zu seinen Briefen, die ihn noch mehr interessierten, nie sind Briefe so wichtig wie in der Sommerfrische, auch wenn ihr Inhalt unwichtig ist.

Am Abend ging er mit seinen Tischgenossen spielen, man landete im Bierstübli, wo sich die trinkstärkeren Kurgäste fanden, um Karten zu spielen oder löst ein Gesellschaftsspiel zu betreiben oder um sich zu unterhalten, über das Essen, das Bad, den Kur, den Direktor oder über die anderen Gäste. Getanzt wurde in diesem Kurort nicht, ohnehin waren meist nur ältere Leute hier, deren Beine nicht eben für solche Vergnügungen taugten. Nach zehn Uhr brach man auf, um ins Bett zu gehen, denn für viele begann der Tag schon wieder um zehn oder sieben Uhr im Moorbad. Es war ein geruhiges Leben in diesem kleinen Kurhaus vor den hohen Bergen, und das ging so Tag um Tag, die Zeit lief ab zwischen Kur und Essen, Schlafen und Spazierengehen, Unterhaltung und Einsamkeit, wie jeder es für richtig oder angenehm hielt und nur, wenn eine Woche herum war, erschien der Ober- und präsentierte die Rechnung, wobei jeder erstarrt feststellte, daß schon wieder sieben Tage vorübergegangen waren.

In einem dieser Wochenenden nach dem Abendessen war es, daß Gerhart, nachdem er seine Rechnung beglichen hatte und zufällig noch allein am Tisch lag, den Ober sah, er mochte Hanni schämen; denn Gerhart hatte Lust, noch eine Tasse Kaffee zu trinken. Hanni kam, brachte das Getränk, schaute Gerhart wieder mit jenem forschenden Blick an, der ihm einst gleich aufgelassen war, nur daß sie diesmal dazu ein wenig lächelte, wobei zwei hübsche Grübchen in ihre Wangen traten. Gerhart fragte, ohne sich dabei zu denken: „Sagen Sie mal, Fräulein Hanni, warum eigentlich schauen Sie mich stets so forschend an?“

Hanni lächelte zunächst etwas verlegen, ein kleiner Schuß rotes Blut stieg in ihr Gesicht, wodurch es eine eigenartig bedächtige Farbe bekam, aber dann sagte sie, sehr leise und sich leicht niederneigend und selbstbewußt ohne den vollen Blick von ihm zu wenden, ernst und mit ihrer tiefen Stimme: „Sie sind ein schöner Mann.“

Nun war es freilich an Gerhart, verlegen zu werden. Das hatte ihm noch keine Frau gesagt, und zumal jetzt, da er längst nicht mehr zu den Jungen zählte und mit seinem kranken Bein — nein, diese Antwort hatte er nicht erwartet. Aber wenn er auch keineswegs davon überzeugt war, daß er wirklich ein schöner Mann sei, er sah sich doch sehr wohl wohl, daß Johanna ihm damit keine überhöhte Schmeichelei hatte sagen wollen, es war ihr Ernst gemeint, daran konnte man nicht zweifeln: diese Antwort durfte er nicht mit einem spöttischen Abwiehen beiseite schieben. So sagte er, schon etwas nervös darauf, was nun folgen werde: „Wollen wir nachher einen kleinen Spaziergang miteinander machen?“

Johanna erwiderte: „Ja — um halb zehn Uhr bin ich fertig.“ Sie sagte die paar Worte so sicher und so selbstverständlich, als habe sie längst diese Spiel mit Frage und Antwort erwartet, vorausgedacht, ja, formuliert und gelernt, wie ein Schauspieler der auf das Stadium eintritt.

„Gut, also um halb zehn drüben in der Allee bei der Kapelle“, sagte Gerhart, nicht freundlich, als habe er sich mit ein paar belanglosen Worten für den Kaffee bedankt, und Hanni ging weg, wie immer in ihrer Haltung, sehr gerade und die Menschen aus ihren dunklen Augen schweigend beobachtend.

Nach einer Weile erblickte Gerhart von seinem Tisch aus zur Garderobe, nahm seinen leichten Mantel vom Haken und sah über die Schulter, drückte den breitrandigen, etwas unmodernen, einseitigen Hut mit demohomem Griff auf sein nunmehr erstarren schönes Haupt und ging langsam die Waldstraße hinauf, zum Bierstübli im zweiten modernen Gebäude des Moorbades. Es war schon dunkel, rechts und links standen hohe Tannen, dann bog der Weg ab und führte breit

viele Stufen zum Haus empor; dieser Aufstieg erinnerte, zumal jetzt in dieser Stunde zwischen Abend und Nacht, an jenen feierlichen Aufzug zu einer berühmten italienischen Villa, nur daß hier statt der hohen Doppeltüren nicht minder hochragende Tannen standen, und Gerhart dachte, daß ihn bald ein Mädchen erwarten werde, das einer Hömerin glich. Er wiederholte in seinen Gedanken noch einmal das kurze, seltsame Gespräch, das sie vorher geführt hatten, zwei, drei, viermal, ging nur, aber vielleichte das Tor zu einer absonderlichen, noch ungelängten Welt.

Als Gerhart im „Bierstübli“ eintrat, schlug ihm laute Fröhlichkeit entgegen. In einer Ecke spielte aus dem Rundfunkempfänger irgendein Schlager, lächig gegenüber in der anderen Ecke hing ein schön geschmücktes Kartell, fast alle Tische waren besetzt, man trank Bier, Apfelsaft, Tee, und einige spielten Karten. Das Stübli war auf eine moderne Art im Bauernstil eingerichtet, mit Bänken an den Wänden blauschleueren Tischen, geschliffenen Bechern, der Kuchentisch hatte Gelbfarbe erhalten. Gerhart trat an den Tisch, an dem seine Bekannten von der Liegemiese saßen, denn wie es in solchen Kurorten meist zu gehen pflegt, man lernt sich kennen, acht miteinander spazieren, es bilden sich kleine Gruppen; er grüßte, setzte sich, bestellte ein Glas Wein und das Gespräch ging weiter. Es war ein belangloses Gespräch, man unterhielt sich selten über ernsthafte oder gar über fröhliche Dinge, dazu war man nicht hier. Gerhart sprach wenig; da fiel der Name Hanni. Die beiden Frauen, die auch an seinem Tisch saßen, waren verächtlicher Meinung über das Mädchen; die eine meinte, Hanni müsse schon Schwere erlebt haben, daher der dunkle nach innen gerichtete Ausdruck einer fernem, überwundenen Schmerz mit in ihren Augen; die andere war der Auffassung, daß dieser Eindruck eine Täuschung sei, die ihre Ursache habe in der Form und Zeichnung auch in der eigenartigen Färbung ihrer Haut, es sei eines jener süßlichen Gesichter, die uns Menschen im Norden so leicht täuschen, weil wir Ernst, vielleichte sogar Traurigkeit, wo nur eine uns fremde Erscheinung vorliegt.

(Fortsetzung folgt)

Wir Protestanten in der Union

Von Ulrich Steiner, 2. Landesvorsitzender der CDU, Südwürttembergs

„Die CDU ist ja doch nur ein verkapptes Zentrum, eine katholische Partei mit entsprechenden Zielen, die sich gewandt und mit viel politischem Takt unter dem Zeichen der Union der protestantischen Wählerklasse versichert, um ihre wohlbestimmten alten und ewig gleichbleibenden Ziele in zeitgemäherer Gewand zu verfolgen.“

Alle diese Leute sind von gestern. Ihre Uhr ist am 30. Januar 1933 stehen geblieben; sie wollen an Fäden antippen, die längst die Nation zerfressen haben, sie wollen sich auf liebgeübte politische Stühle setzen, die in Wirklichkeit lange schon verrotten sind.

Wer in Luther nicht den Mann historischer Separation, sondern den von der Reinheit der Lehre ringenden Kämpfer zu schauen vermag, dem wollen wir zurufen, daß das Lutherwort: „Ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!“ heute das mutige Leitwort jeden Mannes der Union, gleich ob katholisch oder evangelisch, bleiben muß und ist.

Wollen wir einmal die Gruppen der natürlichen Feinde der Union und die der Verständislosen beiseite. Welche äußerer Tatbestand bietet sich dem Auge des wohlgelesenen protestantischen Unionmitgliedes? Dabei ist in diesem Rahmen nur die Lage in unseren süddeutschen Ländern betrachtet. Schon auf den ersten Blick — wir wollen dies öfters angeben — sehen wir, daß unsere katholischen Kameraden sich besser und schneller organisiert, daß sie ihren Einfluß rascher vergrößert, mehr und geschultere Leute herausgestellt haben.

Zweiter dürfen wir aber nicht vergessen. Einmal ist die Union im protestantischen norddeutschen Raum entstanden und hat in weiten Teilen dieses Gebietes — wir möchten dabei nur an Berlin und die nördlichsten Provinzen Deutschlands erinnern — nicht nur Fuß gefaßt, sondern gerade dort ist ein starker Turm unserer christlich-demokratischen Bewegung entstanden. Zum anderen wer-

den, wenn einmal unsere Kriegsgelungenen zurückgeführt sind, viele neue und positive Kräfte unsere Reihen ausfüllen, Kräfte, die nicht nur ihrer Altersstufe nach — denn die Generation zwischen 25 und 50 ist bisher in allen Parteien noch viel zu schwach vertreten —, sondern vor allem auch ihrem inneren Erlebnis nach die lebendigsten und ausdauerndsten Kräfte in der Zukunft sein werden und müssen.

Eine andere Gruppe gänzlich Unbelasteter aber nicht weise. An sie, die heute in begrifflicher Lebendigkeit die Hände in den Schoß legen und an der Zukunft verzweifeln wollen, ergeht unser Ruf zur positiven Mitarbeit. Mögen die Voraussetzungen für den Aufbau noch so gering erscheinen, mögen die Tage, die wir durchleben noch so dunkel sein, wer ein Christ sein will, hat ja gerade dann seine Aufgabe zu erfüllen, wenn die Not am härtesten ist.

Auch ein anderes wollen wir nicht vergessen. Aus jüngeren ist in den vergangenen Jahren eines sehr deutlich geworden. Nicht geht es mehr um die Verkörperung der katholischen oder protestantischen Glaubensrichtung, sondern die einzige und ganz klar umgrenzte Fragestellung heißt, an das Christentum zu glauben und damit an eine christliche Konzeption in allen Dingen dieses Lebens, oder aber das Christentum ablehnen, um an seine Stelle irgendwelche philosophisch-religiösen Prinzipien zu setzen oder sogar den kaum demarkierten Kulturbereich auf den Thron der Allmacht zu erheben.

Wir wollen dabei die Union der evangelischen und katholischen Bekenntnisse in feinerer Weise verwickeln. Im Gegenteil, sie hören sich katholisch und protestantisch an, aber sie sind in der Sache nicht verschieden. Ihre Verschiedenheiten bewahrt sie, desto leichter ist das gemeinsame Zusammengehen, ist der gemeinsame Dienst zur Ehre unseres christlichen Gottes. Damit ergibt sich die Union in ihrer innerlichen Vermittlung von selbst. Wir können ihr gegenüber bedeutet dann nur noch kleinliche Engstirnigkeit, Unverständnis oder unchristlicher Stolz. Was wir alle am meisten annehmen haben, ist der einfache kindliche Glaube, wie ihn das Neue Testament fordert. Aus der Unbedingtheit des Evangeliums leitet die Union ihren Auftrag her. So ist sie eine sehr junge, sehr dynamische, sehr revolutionäre Bewegung.

Das Wesen der britischen Arbeiterpartei

Von C. R. Attlee

Am 28. Juli vor einem Jahr hat die britische Arbeiterpartei ihren bisher größten Wahlerfolg gehabt, der ihr fast 12 Millionen Wählerstimmen und 293 Sitze im Unterhaus einbrachte. Der nachstehende Rückblick des gegenwärtigen englischen Premierministers dürfte doppelt interessant sein.

Die britische Arbeiterpartei ist eine Ausdrucksform der sozialistischen Weltbewegung, angepaßt an die Verhältnisse Großbritanniens. Sie ist gleichzeitig eine bodenständige politische Bewegung des britischen Volkes und legt als solche eine lange Tradition fort. Es ist unsere nationale Eigenart, bei jedem Schritt vorwärts noch Präzedenzfälle in der Vergangenheit zu suchen.

Man muß die Tatsache im Auge behalten, daß die Arbeiterpartei das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung ist. Sie ist nicht die Schöpfung eines Theoretikers. Sie propagiert nicht irgendeine Theorie, die im Ausland aufgestellt wurde. Sie versucht, das Volk Großbritanniens davon zu überzeugen, daß das Land den Sozialismus braucht, damit sich die natürlichen Anlagen der Nation unter den gegenwärtigen Verhältnissen voll auswirken können.

Die kontinentalen Parteien haben hauptsächlich an die Schriften von Karl Marx angeknüpft. In Großbritannien ist die Geschichte der Bewegung anders verlaufen. So groß auch sein Einfluß gewesen ist, die Zahl derer, die den Marxismus als ein Dogma annehmen, ist immer sehr klein geblieben. Nur ein Bruchteil derer, die der sozialistischen Bewegung beitreten, ist dazu bereit durch seine Lehre veranlaßt worden.

England war im 19. Jahrhundert noch eine Nation von Bibelfreiern. Die Bibel ist voll von revolutionärem Gedankengut, und es ist nicht übersehbar, daß in einem Lande, in dem Gedankenfreiheit herrscht, viele Männer und Frauen in ihr die Bestätigung für ihre instinktive Frustration gegen die unumkehrlichen Bedingungen gefunden haben, die der Kapitalismus mit sich bringt.

In keinem anderen Lande ist das Christentum in so hartem Maße zum Sozialismus bekehrt worden wie in Großbritannien. In keiner anderen sozialistischen Bewegung hat christliches Denken einen so gewaltigen Einfluß gehabt. In Groß-

britannien kann ein Platte erklären, daß er Kommunist ist, und Millionen frommer Katholiken ist es möglich, die Arbeiterpartei zu unterstützen.

Natürlich waren noch viele andere Einflüsse am Werk, um den Boden für den Sozialisismus vorzubereiten. Von verschiedenen Standpunkten aus, von humanitären, künstlerischen und wirtschaftlichen wurde die Flut der Kritik an der bestehenden Ordnung im Laufe des 19. Jahrhunderts. Sie beeinflusste die Anhänger der alten Parteien, aber es dauerte lange, bis eine politische sozialistische Bewegung wirksam wurde.

Die natürliche Folge der Tatsache, daß die Bewegung Anregungen aus so verschiedenen Quellen empfing, ist, daß die Arbeiterpartei immer Menschen mit sehr verschiedenen Ansichten umfaßt. Die angeborene britische Neigung zu Kezerei und Meinungsverschiedenheit hat die Bildung eines festen Programms sozialistischer Orthodoxie verhindert. Wie in religiösen, so auch in politischen und wirtschaftlichen Fragen nimmt der Brit das Recht in Anspruch, für sich selbst zu denken. Ein weiterer Charakterzug der britischen Bewegung ist ihr Realismus. Sie hat niemals aus Theoretikern oder aus Revolutionären bestanden, die so von ihren utopischen Träumen erfüllt waren, daß sie sich nicht mit den Problemen des täglichen Lebens befaßen wollten.

Wenn man auf die letzten dreißig Jahre zurückblickt, so fällt besonders der Wandel der Einstellung aller Klassen der Bevölkerung zu sozialen Problemen auf. Die Voraussetzungen haben sich geändert, Vorschläge, die man in den Neunziger Jahren noch entrüftet abgelehnt hätte, werden heute allgemein anerkannt. Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als man annahm, daß jemand nur durch eigene Schuld arbeitslos sein könnte. Wenn man heute z. B. einseht, daß Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen ein Unglück ist, das nicht durch Charakterchwäche, sondern durch schlechtes Funktionieren des wirtschaftlichen Apparates herbeigeführt wird, so ist das in erster Linie den Sozialisten zu verdanken.

Wenn man das Werk der Arbeiterpartei beurteilen will, dann muß man nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Ergebnisse ihres Wirkens berücksichtigen. Diejenigen, die den Fortschritt nur nach den gewonnenen Parlamentssitzen und nach der wachsenden Zahl der eingetragenen Parteimitglieder beurteilen, verkennen die wahre Bedeutung dessen, was sich ereignet hat. Es reicht heute nicht aus, den Kapitalismus zu verdamnen und die Fortsetzung des Sozialismus auf ein paar allgemeine Grundzüge zu beschränken. Die Nation der Zukunft muß jetzt in die Tat umgeleitet werden.

(Sozialdemokratischer Pressedienst)

Bürger — Freiheit — Recht

Von Dr. Eduard Leuze, Reutlingen

Die Demokratische Volkspartei (DVP) ist jetzt in Südwürttemberg-Hohenjollern zugelassen und wird in der Tribüne der Parteien des „Schwäbischen Tagblatts“ ebenfalls regelmäßig zu Wort kommen. Die (Schriftleitung) ist eine Partei aller derer, die sich als Staatsbürger fühlen und sie will es sein. Das man vielen Ohren überleibt und nicht sehr einladend klingen, denn wir alle wollen doch geistvoll und interessiert sein, mag es auch so ein bißchen auf Kosten der Konsequenz und der Haren Linie gehen. Aber wo wäre auch an dem abgegangenen Begriff des Bürgers etwas Reizvolles zu entdecken, zumal wenn man ihn mit einer kleinen sprachlichen Bereicherung als Spielbürger bezeichnet. Da steht er schon vor uns, der Mann mit dem engen Horizont, dem nur eines so recht am Herzen liegt, nämlich sein Geldbeutel, der aber für alle größeren Zusammenhänge blind und jedem hochfliegenden Gedankengang unzugänglich ist.

Wemach! wollen wir mit Ruhe antworten, wir, die wir uns als Bürger für die neue Demokratische Partei im fränkisch besetzten Württemberg und Hohenjollern entschieden haben, wir, die wir uns lange und wenig erfruchtliche Jahre hindurch dem nationalsozialistischen Terror widersetzt haben, meist wir uns als freie Bürger fühlen und keine Sklaven werden wollten.

„Wir brauchen für euch keine Amnestie“

Die Kreisleitung Tübingen der Kommunistischen Partei bietet uns ein Veröffentlichung der im folgenden wiedergegebenen Ausführungen des Otto Grotewohl auf einer Jugendtagung in Brandenburg, denen er sich voll und ganz anschließt. Otto Grotewohl ist bekanntlich einer der Vorstehenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

„Ich weiß, welche großen und schweren Probleme vor der deutschen Jugend stehen. Unsere Jugend von heute sieht, wie alle ihre alten Ideale zerbrochen und in den Staub gefahren sind. Sie sieht, wie alle die Menschen, die man ihr als Vorbilder hinstellte, auf die man sie einbezog, heute und an die sie glaubte, in Niedertrachtigkeit gesunken sind. Die Jugend von heute sieht den Wandel zwischen zwei Welten. Eine Welt ist im Keenen der Bomben, in Flammen und Schutt und Trümmern untergegangen und vernichtet. Die andere Welt steht noch vor euch. Ihr müßt sie erst selber schaffen, selbst gestalten und ihr selbst einen richtigen Inhalt geben. Ihr müßt vor allen Dingen lernen, daß es für Deutschland und das Volk nicht nur eine Geschichte der Kaiser, Könige und Kriege gegeben hat, sondern daß es auch eine Geschichte des Volkes und eine Geschichte des Friedens gibt, aus der ihr zu lernen habt. Sie müßt euch helfen, jene Kräfte zu entwickeln, die der Jugend wieder ein neues Ideal zu denken ermöglichen. Das Ideal einer neuen Zeit, das so viel Kraft entwickelt, um alle vor der Jugend stehenden schweren Hindernisse zu überwinden.“

Aus der Geschichte unseres Volkes hat gerade unsere Jugend zu erkennen, daß unser heute so geschändetes Vaterland über Werte verfügt, um die es lohnt, zu arbeiten, an sich selbst und für die Zukunft. Ihr müßt wissen, daß zu uns die Welt eines Goethen und Mozarts gehört, die Welt eines Goethe und Hölderlin, eines Dürer, Kant und Haendel, eines Diefel und Robert Koch, die Welt eines Karl Marx und Friedrich Engels, all jener großen Geister, wahrer und tiefer Menschlichkeit, die uns wieder befruchten müssen, um aus jener furchtbaren Niedrigkeit und geistigen Verdüstung herauszukommen, in die Hitler und seine Trabanten Deutschland und insbesondere die deutsche Jugend gestürzt haben. Die Jugend soll ihr Herz neuen Zielen zuwenden.

Wir müssen wissen, daß wir eine ernste, harte und unerschrockene Arbeit in tiefer Liebe zu den Menschen und zum menschlichen Leben zu erfüllen haben. Wir, die ältere Generation, müssen genau, daß unser Leben seinen Inhalt nur noch dadurch bekommt, daß wir unsere ganze Arbeitskraft dem Aufbau widmen. Wir sind nicht mehr auf der Welt, weil sie gut und schön ist. Wir kämpfen und nur noch auf der Welt, damit sie einmal wieder besser werde! Wir leben nur, um zu arbeiten, ihr aber sollt arbeiten, um zu leben! Ihr sollt dem Leben wieder einen Sinn und einen Wert geben.

Die Jugend ist nicht schuldig. Die Erziehung des ganzen Volkes zu friedlichem und demokratischem Denken und Handeln ist eines ihrer politischen Zentralprobleme, von denen sich die gesamte Entwicklung Deutschlands ihren Weg suchen wird. Darum richten wir als die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unseren Ruf auch besonders an die Jugend Deutschlands. Wir sehen es ab, die Jugend für etwas Verantwortlich zu machen, was sie nicht verantworten kann. Wir lehnen es ab, sie verantwortlich zu machen für Gedanken und Handlungen, die sie nicht veranlaßt hat. Wir lehnen auch jene hochtönende, in den westlichen Gebieten recht verbreitete Parole ab, man müßte eine politische Amnestie für die Jugend machen.

Der kommende deutsche Staat muß von der kleinlein Zelle aus in den Gemeinden und Provinzen unter den Gesichtspunkten des verantwortlichen freien Staatsbürgers aufgebaut werden. Aus dem Untertan muß endlich in Deutschland der freie, selbstbewusste, sich selbst, seinem Volk und der Welt verantwortliche, friedliche Staatsbürger werden. Besonders unsere Jugend muß auslernen müssen, ihre Kräfte nicht mehr bereitwillig in fremden Weltteilen umherzuwerfen zu lassen. Weltpolitischer Ehrgeiz kann künftig keine Diktatorberechtigung im neuen deutschen Denken mehr haben.

Wir wissen, daß das Werk der Sinnesumkehr, der geistigen und moralischen Umwandlung, das wir zu leisten haben, nicht leicht sein wird. Es liegt darin aber die große Aufgabe, die vor der deutschen Jugend steht und die besonders vor denjenigen steht, die ihrer deutschen Jugend besch-

Keine Zeit ist geeigneter, dem politischen Menschen zu zeigen, wozu er lebt, als eine Zeit der Behdringung, die ihm den freien Lebensraum rauben will und ihn an die Grenze stellt, wo das Leben aufhört, lebenswert zu sein. Diese Grenze war für den Bürger dort erreicht, wo ihm eine durch und durch verlogene Propaganda im Dienste machtlüsterner Tyrannen Leberzungen und Handlungen aufzudrängen mochte, die Verantwortung und Gewähr für Selbstachtung unerschütterlich machten. Wer ein Gefühl für die Werte hat, die von Vater und Mutter als der Verkörperung persönlicher Bergangenheit aus dem Denken und Handeln früherer Zeiten lebendig auf ihn gekommen sind, wer Ehrfurcht vor fremdem und eigenem Wachstum hat, der weiß auch um die Verpflichtung zur Treue gegen sich selbst. Der weiß aber auch um das unerschütterliche Lebensrecht der Freiheit, ohne das keiner sich selbst treu bleiben kann. Freiheit ist die Lebensluft des bürgerlichen Menschen. Freiheit für sich und Freiheit für andere verbürgt in Recht und Gesetz.

Hat diese bürgerliche Einstellung von Freiheit und Recht in der Bergangenheit verlohrt? Wir wollen nicht leugnen, daß sie von vielen schmächlich im Stich gelassen worden ist. Anders aber, die in stummer Unterdrückung unbedacht erbebt haben, haben sich nicht und unbereitbar an ihr festgehalten. Ihre Stunde hat jetzt geschlagen; sie haben die Pflicht, am Aufbau unseres zerstückelten Lebens mit Hand anzulegen. Die Demokratische Volkspartei will die Partei dieser Bürger werden, so daß es immer geblieben sind und solcher, die es wieder werden wollen. Es mag nicht leicht sein, sich als Bürger zu bekennen, es mag zumweilen Zivilcourage dazu gehören — nun, wir werden sie aufbringen.

Darum muß der deutschen Jugend auf allen Gebieten geholfen werden, und wenn auch in ein Wort über die von euch aufgestellten Grundrechte der deutschen Jugend lauten darf, so ist es nur dies: für uns ist es selbstverständlich, daß wir alle eure Forderungen auf eine verlässige Arbeitszeit für Jugendliche, auf einen entsprechenden Erholungsurlaub anerkennen. Wir unterstützen eure Forderung auf die Umstellung jener veralteten Kleinrenten und aus einer Welt des Profits und der Ausbeutung stammenden Lohnverträge und wollen, daß sie in Ausbildungsverträge umgewandelt werden. Wir werden dafür sorgen, daß alle eure anderen Forderungen an allen Stellen einer ernsthaften Prüfung unterworfen werden, die für die Besthaltung dieser Probleme heute in Deutschland maßgeblich entscheidend sind.

Wir möchten auch insbesondere wünschen, daß eure Forderung über die staatsbürgerliche Befähigungsmöglichkeit der Jugend ihre volle Anerkennung finden wird. Bisher ist es nur zu oft nicht möglich, das Wahlrecht mit 18 Jahren durchzuführen, aber wir wollen keinen Zweifel daran lassen, daß wir der Ansicht sind, daß eine Jugend, die politisch reif genug war, auf den Schulabschluß für dieses Land zu bluten, auch politisch reif genug ist, am Wiederaufbau dieses Landes mitzumachen.

Ihr sollt immer wissen, wir stehen zu euch, ihr sollt immer wissen, daß euer Schicksal unser Schicksal ist, und daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, der Jugend helfend zur Seite zu stehen. Wir tun es auch darum, weil wir keine Spaltung zwischen Väterchen und Jugend brauchen können, und weil unsere grundsätzliche Einstellung ist, daß der Aufbau unseres Landes nur durchgeführt werden kann durch das gemeinsame Handeln der älteren Generation mit der Jugend.“

Freiheit — Gerechtigkeit

Was einer Veröffentlichung der Landesleitung der SPD, Baden geben wir die nachfolgenden Ausführungen wieder, die allgemeinen Interesse haben:

Die Wahlen der letzten Wochen haben gezeigt, daß die Sozialdemokratische Partei aus dem Bereich der Handarbeiterschaft heraus in die der Gewerbetreibenden, der Bauern, der geistigen Berufe vorgerückt ist, daß sie im Begriff steht, eine wahre Partei des ganzen Volkes zu werden. Sie war eine Partei der Arbeiter und wird es bleiben, aber der Arbeiter aller Berufs und Stände, die auf ihrer Hände und Köpfe Arbeit anzuwenden sind. Die menschliche Arbeit ist die Grundlage aller Kultur. Unsere Arbeitskraft ist der kostbarste und heiligste der einzige Schatz, der unserem Volk erblichen ist oder bleiben wird. Die menschliche Arbeit steht daher in der Reihe der wirtschaftlichen und sittlichen Werte an erster Stelle.

Wenn der Staat nicht das Bestehende einzelner Personen oder wirtschaftlich stärkerer Gruppen bilden soll, dann muß er auch dafür gesorgt werden, daß wirklich das ganze Volk an seiner Leitung und Verwaltung Anteil nimmt.

Dafür benötigen demokratische Einrichtungen allein noch nicht, sondern die Staatsämter müssen offen nach ihrer Meinung und Befähigung zugänglich sein. Es genügt aber nicht, nur die leiblichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Alles gesellschaftlich und politische Leben muß von einer Deutung sittlicher Werte mitbestimmt und durch sie gestaltet werden. Diese Werte können nur die des abendständlichen Kulturkreises sein:

Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, gesellschaftliche Hilfe. Menschenwürde bedeutet, daß kein Mensch nur als Mittel für fremde Zwecke benutzt werden darf. Freiheit heißt, daß die Gemeinschaft und ihre Einrichtungen nicht allmächtig sind, sondern dem einzelnen ein Stück Eigenleben lassen, auf dem er sein unbeschänktes Herz und keinen anderen Menschen verantwortlich ist. Es heißt, daß kein Mensch durch die Gruppe oder durch die Gruppe von Gruppen oder einzelnen bestraft und jeder den seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechenden Anteil am Arbeitsergebnis aller hat. Gerechtigkeit heißt, daß alle gleich sind, daß alle verpflichtet sind, einander in den Rechten des Lebens auch unter Opfern beizustehen zu helfen.

Nur die ständige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die ständige Grundhaltung der besten Volksschichten bietet die Gewähr für eine bessere Zukunft der Menschheit im Geist des Friedens, der Zusammenarbeit der Völker und zur sinnvollen Gestaltung des menschlichen Daseins.

